

Julian Assange darf nicht an die USA ausgeliefert werden. Es darf nicht sein, dass diejenigen, die über Kriegsverbrechen aufklären, schärfer bestraft werden, als die, die Kriegsverbrechen begehen. Mit der Freiheit von Julian Assange geht es um einen Menschen, der einen fairen Prozess verdient. Und es geht um die große Ganze, um Grundrechte wie die Pressefreiheit. Auch und gerade dann, wenn eine Enthüllungs-Plattform das Kriegsgebahren einer westlichen Weltmacht offenbart, wie es Wikileaks ab 2010 getan hat - mit der Veröffentlichung kriegsverbrecherischer Verwicklungen der USA im Irak und Afghanistan. Wer sich auf eine Reise begibt, wie Assange es mit Wikileaks getan hat, handelt sich absehbar ein Leben voller Repressionen und Verfolgung ein: Assange als Wikileaks-Kopf befindet sich seit Jahren auf der Flucht, in Verstecken und jetzt in rigider Haft mit der Aussicht auf eine maßlose Freiheitsstrafe. Auch Chelsea Manning und Edward Snowden erfuhren die persönlichen Risiken ihrer Enthüllungen mit voller Wucht und bezahlten ihren Mut mit drastischen Lebenseinschnitten. Es ist wichtig, dass wir hier an ihrer Seite stehen.

Liebe Anwesende, ich bin Doris Achelwilm, Bundestagsabgeordnete aus Bremen-Walle und in der Fraktion DIE LINKE u.a. für Medienpolitik zuständig. Ihr wisst: Das Auslieferungsgesuch der USA gegen Julian Assange wird nicht in Deutschland verhandelt, trotzdem ist es aus meiner Sicht wichtig, dass sich auch der Bundestag und die Regierung dieses Präzedenzfalls annehmen.

Bislang schweigt die Bundesregierung auf Nachfragen und sagt, dass die Zuständigkeit beim britischen Justizsystem liegt, dem man vertraue.

Wir als LINKE arbeiten daran, dass Abgeordnete sich solidarisch erklären, dass internationale Beziehungen ausgelotet werden, dass pressefreiheitliche Grundsätze vor dem Hintergrund des laufenden Gerichtsverfahrens diskutiert werden. Es ist wichtig, dass es gesetzlichen Schutz für Whistleblower gibt, dass hinter mächtigen Kulissen recherchierende Journalist*innen und ihre Quellen geschützt werden. Meine Kollegin Sevim Dagdelen hat als langjährig mit dem Fall Betraute kürzlich Abgeordnete versammelt, um aus verschiedenen Fraktionen heraus Aktivitäten und Druck zu entfalten. Wir machen Öffentlichkeitsarbeit, veranstalten Podien und Veranstaltungen und hören damit auch nicht auf.

Ich selbst war kurz vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie mit meinen Fraktionskolleg*innen Sevim Dagdelen und Heike Hänsel in London, wo die Anhörungen zum Auslieferungsgesuch der USA stattfanden. Was mich empört hat, war der Umgang mit Öffentlichkeit: Für diesen weltweit beobachteten Prozess hielt der Gerichtsort in London, damals noch direkt am Belmarsh-Gefängnis gelegen, nur wenige Plätze für die Öffentlichkeit bereit. Wer mit einer Akkreditierung überhaupt ins Gebäude gekommen war, musste nach jeder Verhandlungspause aufs Neue diese paar Plätze ausfechten.

Die Verhandlungsstunden, die ich direkt mitverfolgt habe, waren Schwerstarbeit für das Anwaltsteam. Forderungen nach besseren Prozessbedingungen für Assange wurden abgeblockt, die Aktenlage ist hochkomplex, der Gegner mächtig. Die Tonübertragung auf die Tribünenplätze war angesichts dieses historischen Prozesses unfassbar improvisiert

und bescheiden. Was auch zeigte, dass das Rechtssystem eben nicht daran interessiert ist, dieser Angelegenheit gute Infrastrukturen der Transparenz zu geben. Reporter ohne Grenzen sagten, sie hätten derartige Bedingungen noch in keinem anderen Land erlebt. Wir haben Öffentlichkeit darüber hergestellt – immerhin hat Assange mit vielen Unterstützern und Netzwerken, seiner unermüdlichen Familie, seinen Anwältinnen und Anwälten ein äußerst entschlossenes, eng verbundenes Team.

Den Vater von Assange, John Shipton, wie auch einige seiner Wegbegleiter lernte ich in London kennen. Als sie letztes in Berlin waren, um im Bundestag für Unterstützung zu werben, haben wir uns abends wieder-getroffen. Was ich wiedergeben kann: Corona hat auch den Prozess erschwert. Erstens, weil Assange nach diesen Jahren selbst geschwächt und Risikopatient ist, der kaum geschützt wird. Zweitens, weil die Aufmerksamkeit derzeit auf unfassbar vielen Problemen liegt und es schwieriger geworden ist, auf übergeordnete Fragen von Freiheitsrechten und Whistleblowern zu fokussieren.

Danke also allen, die das Thema oben halten und Öffentlichkeit organisieren. Es sind weltweit über 40 Menschenrechtsorganisationen, und es müssten noch mehr möglichst machtvolle Akteur*innen sein.

Assange steht unter unsäglichem Druck und hat politisch in diesen Zeiten wenig Glück. Er gerät zwischen die Mühlen der Diplomatie, z.B. vor dem Hintergrund, dass sich die Beziehungen zwischen Ecuador und den USA entspannt haben, was seine Verhaftung 2017 aus der Botschaft heraus bedingt hat. Seitdem wird ihm der Prozess um die Auslieferung in die USA gemacht, wo ihm nach einem alten Spionage-

Gesetz bis zu 175 Jahre Gefängnis drohen. Seitdem ist es nicht einfacher geworden, auf höchster Ebene für jemanden, der aus Herrschaftsperspektive ein Geheimnisverräter und unabwägbares Risiko ist, Unterstützung zu gewinnen.

Sollte Assange an die USA ausgeliefert werden, ist Investigativ-Journalismus und damit die Pressefreiheit nachhaltig geschwächt. Seine Verlobte Sarah Moris sagt, dass die Auslieferung Julians ein Todesurteil wäre. Assange ist gesundheitlich durch die isolierten Jahre erst in der Botschaft, dann im Belmarsh-Gefängnis sehr geschwächt. Bei der Prozessbeobachtung habe ich gesehen, dass eine Interaktion mit seinen Anwälten kaum möglich bzw. unterbunden war – er saß in einem Glaskasten und konnte nur stillschweigend teilnehmen. Uns wurde von mehreren Leibesvisitationen berichtet, denen er sich im Prozessumfeld unterziehen musste und dass er nicht eigenständig über seine Unterlagen verfügen kann usw. usf..

Julian Assange wusste das Informationszeitalter für neue Zugänge zu Geheimdokumenten und Öffentlichkeit zu nutzen und ist jetzt kommunikativ und informationell ohnmächtig und ausgeliefert. Am 4. Januar 2021 wird das Urteil in erster Instanz verkündet, klar ist: Dieser Prozess erfordert langen Atem.

Es muss weiter darum gehen, dass Assange eine Stimme hat, dass sein Tun angemessen eingeordnet wird, dass politische Wahrheiten über Krieg und

Korruption mit Recht ans Tageslicht kommen können,
und dass Julian Assange freigelassen wird.